

Zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie vom 11.1.2017

Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung

Berlin, März 2017

Inhalt

Ein wichtiger Kontrapunkt zu aktuellen politischen Trends

Fokus dieser Stellungnahme

Grundgesetzliche Richtungsentscheidung erforderlich

Ziele und Indikatoren

Schwerpunkte der nachhaltigen Entwicklung 2018 ff.

Weiterentwicklung

Wirtschaft

Politik

Arbeitsstruktur in der Bundesregierung

Politischer Dialog

Demokratie und Gesellschaft

Dialog der Bundesregierung

Wissenschaft

Globale Verantwortung, Internationale Politik

Nachhaltiger Konsum

Verbreitung und Kommunikation

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wichtiges Zeichen gegen den aufkommenden postfaktischen Zeitgeist. Aber wir drängen auf mehr. Sich ändernden politischen Rahmenbedingungen muss die Nachhaltigkeitspolitik couragierter entgegentreten. Zielstellungen konsequent und koordiniert nachzukommen und dabei auftretende Konflikte zwischen einzelnen Zielen entschiedener angehen, ist für die Nachhaltigkeitsstrategie der notwendige nächste Schritt. Realismus paart sich dann mit Hoffnung, wenn neue Horizonte für eine aktivierende und ermutigende Nachhaltigkeitspolitik aufgetan werden.

Ein wichtiger Kontrapunkt zu aktuellen politischen Trends

Es ist wichtiger denn je, dass sich die deutsche Politik zu Transparenz, Verlässlichkeit und Verantwortung bekennt, ihre Ziele mit Daten und Fakten begründet und engagiert für demokratische Werte und Prinzipien des Gemeinwohls wirbt. Hier bietet das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung orientierende Wirkung. Mehr denn je müssen Innovation und Kontinuität verbunden werden, um eine gemeinsame Zukunft zu gestalten, in der die natürlichen Lebensgrundlagen, der soziale Zusammenhalt, der gesellschaftliche Frieden und ein gerechter Wohlstand erhalten und gesichert bleiben. Das erfordert eine parlamentarisch-demokratische und offene Diskussion und den Mut zur politischen Gestaltung.

Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wendet erstmals die universellen Ziele der Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung im nationalen Kontext an. International nimmt sie damit eine Vorreiterrolle ein. Als eines der ersten Länder der Welt legt Deutschland konkret dar, welche Bedeutung die Sustainable Development Goals (SDGs) für die nationale Politik haben. Deutschland unterstreicht den inhaltlich breiten und anspruchsvollen Charakter der Nachhaltigkeit dadurch, dass erstmals auch Indikatoren zur Abwehr von Korruption, zur Waffenkontrolle und zum nachhaltigen Konsum aufgenommen werden. Dies ist der deutschen Verantwortung in der Welt angemessen und angesichts der sich verändernden globalen Rahmenbedingungen dringend erforderlich.

Die universelle Agenda 2030 bestätigt und bekräftigt den in Deutschland seit 2001 eingeschlagenen Weg, politische und programmatische Ziele zur Nachhaltigkeit mittels einer Quantifizierung zu konkretisieren und diese länger als in üblichen Politikzyklen festzuschreiben. Zugleich fordern die universellen Ziele die deutsche Politik heraus. Mehr denn je zuvor erfordern sie von Entscheidern auf allen Ebenen, die globale Dimension des deutschen Handelns im europäischen Kontext einzubeziehen und zu stärken.

Deutschland ist im Begriff, die für transformative Prozesse nötige „Architektur“ von Institutionen und Prozessen zu gestalten, zu nutzen und weiter auszubauen. Der deutsche Weg wird global mit Interesse verfolgt und oftmals als beispielhaft bewertet. Wir stellen uns der Diskussion über Vor- und Nachteile sowie Vergleichbarkeit unseres Ansatzes.

Die Debatte zeigt, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie im internationalen Kontext ein hervorragender Bezugspunkt für viele interessierte Kreise ist. Die Bundesregierung tut daher gut daran, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, die eine couragierte Fortentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in der nächsten Legislaturperiode ermöglichen und die globale Politik mitzugestalten.

Dies ist auch im nationalen Rahmen erforderlich, denn erstmals gilt es, die SDGs auch für uns durchzubuchstabieren. In zentralen Zukunftsfeldern zeigt der Kompass nicht in Richtung auf Nachhaltigkeit, wichtige Ziele der Strategie können nicht mit einem Business-as-usual erreicht werden. Wir bieten Unterstützung an, um das Nicht-Erreichte tiefgehend zu analysieren und Beispiele gelingender Praxis heranzuziehen.

Zwar gilt Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit mehr als je zuvor als nötig und politisch richtig. Das ist erfreulich. Aber es darf nicht darüber hinweg täuschen, dass der Begriff Nachhaltigkeit sehr häufig als Wortwolke verwendet wird, um Konsens zu suggerieren wo er zweifelhaft ist oder wo er wesentliche Zielkonflikte überdeckt. Dabei resultieren massivste Konflikte aus dem dominierenden Ziel von bisherigem Wachstum und Exportüberschüssen der Bundesrepublik Deutschland und dem angestrebten weltweiten Wohlstand für alle innerhalb der natürlichen Lebensgrundlagen. Für uns sind gerade diese Zielkonflikte Anlass und Ausgangspunkt, um uns für den engagierten Ausbau der Instrumente der Nachhaltigkeitsstrategie einzusetzen. Die Bundesregierung, die Länder wie die Kommunen, aber auch die Unternehmen müssen dem Anliegen der Nachhaltigkeit einen höheren und glaubwürdigeren Stellenwert in jeweiligen Verantwortungsbereich geben – national, bilateral und in der multilateralen Zusammenarbeit. Das ist erforderlich, um dem ausgewiesenen Ziel gerecht zu werden, unsere natürlichen Lebensgrundlagen weltweit zu bewahren.

Fokus dieser Stellungnahme

Der Nachhaltigkeitsrat berät die Bundesregierung seit 2001 zu allen Fragen der nachhaltigen Entwicklung. Im Verständnis des Rates ist diese Beratung ein kontinuierlicher Prozess, dessen konkrete Ausgestaltung dem Prozesscharakter der Nachhaltigkeit gerecht werden muss. Im Fokus dieses Prozesses steht die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Sie soll eine Vielzahl von Einzelzielen und Politikansätzen innerhalb der Bundesregierung so steuern, dass sie dem Gemeinwohl und auch dem Gemeinwohl folgender Generationen dienen.

Diese Stellungnahme fokussiert auf die anstehenden Prozesse und Weggabelungen, mit denen die Bundesregierung die Strategie umsetzen und im Jahre 2018 weiterentwickeln will. Wir greifen dabei auch auf vormalige Empfehlungen und Vorschläge zurück, die aus unserer Sicht weiterhin dringlichen Bestand haben.

Zur Überprüfung der so genannten Managementregeln wird der Rat eine gesonderte Stellungnahme bis zum Herbst d.J. erarbeiten. Zum 3. Peer Review erstellt der Rat derzeit eine Konzeption. Mit eigenen Projekten wie dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex, Dialogprozessen oder dem OpenSDGclub.Berlin wird der Rat die Diskussion in Politik und Wirtschaft weiter vorantreiben.

Grundgesetzliche Richtungsentscheidung erforderlich

Für den Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie sind grundsätzliche Richtungsentscheidungen erforderlich. Nach der verfassungsrechtlichen Verankerung der Schuldenbremse und ihrer Bedeutung für die Generationengerechtigkeit befürworten wir eine Verankerung von Nach-

haltigkeit im Grundgesetz¹. Diese wird unseres Erachtens dazu beitragen, komplexe und ressortübergreifende Zielstellungen zur nachhaltigen Entwicklung besser und transparenter zu erreichen.

Eine grundgesetzliche Norm zur Nachhaltigkeit ist auch für die Abwägung von Zielkonflikten in der Bundesregierung nötig und würde es erleichtern, Wechselwirkungen zwischen Zielen und Prinzipien der Nachhaltigkeit sowie die Neuerungen durch die Agenda 2030 aufzugreifen. Die Umsetzung der Agenda 2030 „in, mit und durch Deutschland“ würde vorangebracht.

Der Nachhaltigkeitsrat hält die Abstimmung und Koordination zwischen kommunalen bzw. regionalen Akteuren und der Bundesebene für dringend erforderlich. Kooperationen sollten gefördert werden. Bürgerschaftliche Projekte sollen strukturell unterstützt werden.

Ziele und Indikatoren

Es ist gut, dass die Strategie einen Fahrplan für 2018 ankündigt und den Prüfbedarf für einige Indikatoren selbst nennt. Zu den Indikatoren, deren Prüfung und Fortentwicklung die Nachhaltigkeitsstrategie für 2018 ankündigt, tauscht sich der Nachhaltigkeitsrat teilweise bereits seit längerem mit den Ressorts der Bundesregierung aus. Das gilt insbesondere für Indikatoren zur Bildung für nachhaltige Entwicklung, zum Bodenschutz, zur Beschaffung, zur Lebensmittelverschwendung und zur Wirkung von Forschungsinvestitionen. Neben diesen hält es der Rat für erforderlich, auch weitere Indikatoren bei der Weiterentwicklung 2018 zu überprüfen, namentlich etwa zur wirtschaftlichen Zukunftsvorsorge (Bruttoanlageprodukt), zu globalen Lieferketten (Anzahl der Mitglieder im Bündnis nachhaltige Textilien), zum Zugang aller zur sozialen Sicherung und zur Gesundheitsversorgung.

Von einer Weiterentwicklung der Ziele und Indikatoren im Bildungsbereich erwarten wir, dass die Entkopplung von Herkunft und Bildungserfolg und die Reduzierung der Zahl von Menschen unter 25 Jahren ohne Schul- und Berufsabschluss angestrebt und gemessen werden. Für Menschen mit geringem Qualifikationsniveau sollte die Teilhabe am lebenslangen Lernen verbessert werden.

Die Weiterentwicklung des Indikators zu Forschungsinvestitionen sollte die Nachhaltigkeitsforschung vor allem dadurch weiter ausbauen, dass das Prinzip Nachhaltigkeit auch in der Breite der Forschungs- und Technologieförderung verankert wird. Als bedeutsames Technologieland sollte Deutschland den Ehrgeiz entwickeln, technologische Trends stärker als bisher mit dem Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung und der Dekarbonisierung zu koppeln.

Grundsätzlich zu begrüßen ist die Aufnahme des so genannten Korruptionswahrnehmungsindex¹. Die Korruptionsprävention ist für fiskalische Nachhaltigkeitskonzepte (Steuern, Investitionen, Anlagen, Bilanzierung, Berichterstattung) in Deutschland, Europa und in den Part-

¹ Fußnote von Katherina Reiche und Dr. Werner Schnappauf: Für Entscheidungen zum Ob und Wie einer Grundgesetz-Änderung sind weitere Diskussionen erforderlich. In der Diskussion dieser Stellungnahme im Nachhaltigkeitsrat sind auch abweichende Voten vorgebracht worden.

nerländern von zentraler Bedeutung; wir plädieren dafür, diese in Zukunft verstärkt geltend zu machen und im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln.

Die Nachhaltigkeitsstrategie sollte die Indikatoren nach Prioritäten ordnen: Der Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitäreinrichtungen (SDG 6), der Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, moderner Energie (SDG 7), der nachhaltige Umgang mit Ressourcen (SDG 12) sowie die Dekarbonisierung der Wirtschaftsabläufe (SDG 13) sind Grundvoraussetzung für das Erreichen vieler weiterer Nachhaltigkeitsziele. Beispielsweise sind der Erhalt der Artenvielfalt und Ökosysteme, aber auch die Ziele zu Beschäftigung und Innovationen davon unmittelbar abhängig.

Schwerpunkte der nachhaltigen Entwicklung 2018 ff.

Weiterentwicklung

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung beschlossen hat, die Nachhaltigkeitsstrategie in wesentlichen Punkten bereits 2018 weiterzuentwickeln und damit den üblichen Rhythmus der Fortschreibung abzukürzen. Die Weiterentwicklung erfordert einen politischen Rahmen, der die Verantwortung für die Ziele der Agenda 2030 und der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in der Bundesregierung insgesamt und für die Ressorts hervorhebt.

Wir befürworten, in Vorüberlegungen zur Regierungsbildung im Herbst des Jahres einen expliziten Beitrag zur Nachhaltigkeitsstrategie einzubringen. Er sollte die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie befördern und die Bedeutung der Agenda 2030 sowie der Sustainable Development Goals als Kern der Zukunftspolitik in Deutschland, mit deutscher Hilfe in der Welt und durch Veränderungen in Deutschland mit globaler positiver Wirkung hervorheben (siehe auch das Kapitel zu Globale Verantwortung, Internationale Politik).

Der Nachhaltigkeitsrat hält es für sinnvoll und machbar, die Ergebnisse eines Dritten Peer Review im April 2018 vorzulegen und in die Weiterentwicklung einzubringen.

Wirtschaft

Die wirtschaftliche Dimension der nachhaltigen Entwicklung wird an Gewicht zunehmen und dadurch auch neue politische Konzepte erfordern. Wir drängen alle Beteiligten, die Chancen für Nachhaltigkeit, die sich durch Innovationen, Digitalisierung, Nachhaltigkeitsstandards in der Produktion und in der Infrastruktur sowie durch die öffentliche Beschaffung erschließen lassen, eingehender zu thematisieren und vor allem besser zu nutzen. Wir beteiligen uns vielfältig am politischen Dialog über Chancen und Bedingungen für Nachhaltigkeitsbeiträge durch Innovationen und Digitalisierung sowie der Nachhaltigkeitskultur und des Andersmachens, meinen aber, dass der politische Dialog auf dieses Thema insgesamt mehr eingehen müsste. Wesentlich mehr muss auch getan werden, um Nachhaltigkeit zu einem lebendigen und für die Menschen greifbaren Erlebnis zu machen.

Politik

Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen müssen, dass die Herausforderungen der Agenda 2030 und des Klimaschutzabkommens eine zentrale Rolle in binnen- wie außenorientierten Politiken sowie in der europäischen Zusammenarbeit spielen. Der Nachhaltigkeitsrat befürwortet eine verstärkte Bund-Länder Koordinierung zum Erreichen der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie, insbesondere um die Kohärenz der Umsetzung der Sustainable Development Goals sicherzustellen. Deutschlands Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung muss insbesondere die Europäische Dimension stärker thematisieren. Die europäische Landwirtschaftspolitik gilt es schon jetzt, neu auf Nachhaltigkeit auszurichten. Die Bekämpfung der Ungleichheit ist national wie international ein Hauptanliegen der Agenda 2030, um den Zusammenhalt unserer Gesellschaften in globaler Gerechtigkeit zu erhalten und zu verwirklichen. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist hier nicht konkret genug; es mangelt ihr an entsprechenden Indikatoren.

Im globalen Rahmen muss Deutschland eine nachhaltige Finanzentwicklung aktiv mitgestalten. Hierzu gehört die Steigerung der öffentlichen Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit mit dem Ziel, den 0,7-Prozentanteil am Bundeshaushalt zu erreichen. Hierzu gehören der Kampf gegen Steuerhinterziehung und gegen Kapitalflucht und das entschiedene Eintreten gegen jede Art von Korruption ebenso wie Initiativen für neue Impulse zur Mobilisierung von privatem Kapital mit sozialem und ökologischen „Impact“ und in der Entwicklungsfinanzierung.

Arbeitsstruktur in der Bundesregierung

Wir begrüßen die Strukturentscheidungen, die die Bundesregierung getroffen bzw. angekündigt hat.

Die Bundesregierung kündigt unter anderem an, ergänzend zur Mitwirkung des RNE auch weitere Vertreter gesellschaftlicher Gruppen stärker in den Politikzyklus der Nachhaltigkeitsstrategie und die Sitzungen des Staatssekretärsausschuss einzubinden. Wir sehen hierin einen geeigneten Schritt, Bekanntheit, Wirkung und Kohärenz der Nachhaltigkeitsstrategie durch gegenseitig dokumentierte Verantwortung zu steigern. Unsere Empfehlung zur Intensivierung des gesellschaftlichen Dialoges und unsere regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen des Staatssekretärsausschuss' betrachten wir als Grundlage hierfür. Eine möglichst transparente, nachvollziehbare und flexible Berufung wäre nicht mehr und nicht weniger als ein zeitgemäßes Verfahren. Es sollte auf bewährte Verfahren der Selbstorganisation von Verbänden setzen.

Wir begrüßen auch die Entscheidung, in den Ressorts der Bundesregierung Nachhaltigkeitskoordinatoren einzusetzen. Sie sollten hoch- und gleichrangig in allen Ressorts verankert sein. Sie sind mit finanziellen Mitteln für Projekte und Studien auf eine Art und Weise auszustatten, dass dies ihre koordinierende Funktion unterstützt. Im Rahmen der Organisation

einer neuen Bundesregierung im Herbst des Jahres sollten die Koordinationsstrukturen für Nachhaltigkeit in allen Ressorts und im Bundeskanzleramt² gestärkt werden.

Politischer Dialog

Demokratie und Gesellschaft

Der Rat setzt sich weiterhin dafür ein, dass Nachhaltigkeit im politischen Diskurs einen hohen Stellenwert einnimmt. Für die repräsentative Demokratie ist der Ausbau und die qualitative Verbesserung des politischen Dialoges zur Nachhaltigkeit ein zentrales Anliegen auf allen Ebenen. Der Nachhaltigkeitsrat regt an, dass sich der Deutsche Bundestag verstärkt in den Politikzyklus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einbringt. Die Berichterstattung im Parlament sollte verstetigt werden und regelmäßig Bezug nehmen auf internationale Berichtszyklen (Vereinte Nationen), auch und insbesondere dann, wenn Deutschland selbst nicht berichtet.

Die Weiterentwicklung des Dialoges ist keine Aufgabe, die eine Gruppe alleine bewältigen kann. Hier geht es vielmehr um alle Akteure. Selbstwirksamkeit und Kompetenz müssen Hand in Hand gehen. Wir laden die Bundesregierung und alle Stakeholder zu einer Debatte über Governance im Rahmen der diesjährigen Jahreskonferenz ein, die auch neue Dialogformate ansprechen wird.

Dialog der Bundesregierung

Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, mit einem neuen Dialogformat die politische Diskussion über Nachhaltigkeit zu vertiefen. Wir sehen diese Entscheidung vor dem Hintergrund der erfolgreichen Dialogformate, mit der die Bundesregierung ihre Fortschreibung der Strategie selbst begleitet hat, als folgerichtig an. Sie nimmt auch die gestiegene Qualität der gesellschaftlichen Diskussion auf. Dialogprojekte des Nachhaltigkeitsrates wie zum Beispiel Vision_2050, Dialog der Jüngsten Kommunalpolitiker oder das Carlowitz-Projekt haben den Bedarf und die Möglichkeiten gezeigt, den gesellschaftlichen Dialog auszuweiten und aus der Sicherheit homogener Zielgruppen-Milieus und Sprachcodes herauszuführen.

Wissenschaft

Die Intensivierung des gesellschaftlichen Dialoges ist erforderlich. Wir drängen hierbei insbesondere auch darauf, dass die von der Bundesregierung vorgesehene SDG-Wissenschaftsplattform zur Verbesserung des Dialoges zwischen Wissenschaft und Gesell-

² Fußnote von Katherina Reiche und Dr. Werner Schnappauf: Die Benennung eines zusätzlichen Beauftragten der Bundesregierung für Nachhaltigkeit über die in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bereits vorgesehene Einrichtung von Ressortbeauftragten für Nachhaltigkeit hinaus begegnet insofern erheblichen Bedenken, weil damit die zentrale wie prominente Verankerung der Nachhaltigkeitspolitik bei dem für die Ressortkoordination zuständigen Chef des Bundeskanzleramts konterkariert, lediglich ein weiterer, im Vergleich zum Chef des Bundeskanzleramts mit erheblich weniger Einflussmöglichkeiten ausgestatteter Posten geschaffen und insgesamt zu mehr Bürokratie beigetragen würde.

schaft beiträgt. Wir raten zu mutigen, neuen Formaten und Verfahren; gute Beispiele aus dem Ausland könnten hierbei hilfreich sein. In Deutschland gibt es eine Fülle von Wissen aus der öffentlich geförderten Nachhaltigkeitsforschung. Nun kommt es vor allem darauf an, dieses Wissen nutzbar zu machen und intelligente und kreative Transferstrategien zu entwickeln. Wir empfehlen der Bundesregierung, die Arbeit der Plattform nicht nur, was richtig ist, systematisch mit dem weiteren Dialog- und Umsetzungsprozess der Agenda 2030 zu verknüpfen, sondern deren Impulse verstärkt auch in hochrangige institutionelle Einrichtungen wie das SAPEA, Science Advice for Policy by European Academies, einzubringen und die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in beiden Richtungen für die Nachhaltigkeit zu nutzen. Hierzu sollte die Plattform vorhandenes Anwendungswissen bündeln und vorschlagen, wie die Umsetzung in Wirtschaft und Gesellschaft praktisch gefördert werden kann. Auch die Lehre an den Hochschulen sollte einbezogen werden. Der Stand des Wissens um nachhaltige Entwicklung muss der akademischen Ausbildung und auch den Schulen schneller und besser zu Gute kommen.

Die Transparenz wissenschaftspolitischer Entscheidungen kann und sollte durch Einbeziehung der Zivilgesellschaft erhöht werden. Das sollte in der Wissenschaftsförderung vorangetrieben werden. Für die Bewältigung drängender Themen wie Klimaschutz, Erhalt von Biodiversität, die globale Gerechtigkeit und eine humane Arbeitswelt befürworten wir den Ausbau der Kompetenzen inter- und transdisziplinärer Nachhaltigkeitsforschung und ihre gezielte und verbindliche Nutzung.

Globale Verantwortung, Internationale Politik

Die Veränderungen in den internationalen Beziehungen greifen tief und stellen politische Grundwerte zur Disposition. Der transatlantische Rahmen und die geopolitische Stellung Europas stehen auf dem Prüfstand. Sämtliche Bereiche der deutschen Außenbeziehungen (Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Europapolitik, Entwicklungspolitik) haben Relevanz für die nachhaltige Entwicklung. Die nunmehr festgelegten Nachhaltigkeitsziele erfordern es, sie neu zu konzipieren und zu verstärken. Deshalb setzen wir uns auch insbesondere dafür ein, dass die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie die Diskussionen auf europäischer Ebene voranbringt und eng mit anderen europäischen Politiken verzahnt und abstimmt.

Das System der Sustainable Development Goals und die Prinzipien der Agenda 2030 sind Leitlinien, die in diesen Politikfeldern angewandt werden müssen. In der durchgängigen Formulierung der deutschen Verantwortung für eine weltweite nachhaltige Entwicklung besteht dringender Nachholbedarf. Die Auswirkungen unserer Politik und unseres Konsums auf die Länder der Welt und insbesondere die Entwicklungsländer müssen bei der Weiterentwicklung viel klarer und auch in den Zielen und Indikatoren konsequenter benannt werden.

Nachhaltiger Konsum

Der Konsum, als privater Kauf wie auch als öffentliche Beschaffung, ist eine Schlüsselgröße für die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030. Deutschlands Verantwortung in der Welt wird zu Recht auch daran gemessen, wie mit der volkswirtschaftlichen Größe des Konsums umgegangen wird. Die Diskussion um die volkswirtschaftliche Stellung des Konsums im Zu-

sammenhang mit der Exportstärke und Auslandsverschuldung sowie auch den begrenzten natürlichen Ressourcen wird immer stärker. Der Nachhaltigkeitsrat setzt sich für ein gutes Leben bei einer substanziellen Reduktion unseres Energie- und Ressourcenverbrauchs ein. Dies erfordert Wege zu einer ressourcenschonenden Produktion und eine Mäßigung unseres Konsums.

Wir befürworten Regeln für das Ökodesign, die umfassend, verbindlich und eindeutig sind, um einen wirksamen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft zu leisten. Produkte sollten langlebig, reparaturfreundlich sowie einfach recycelbar sein und sie sollten in Produktion und beim Konsum Ressourcen sparen.

Die Bundesregierung verfolgt eine Vielzahl von Forschungs- und Politikansätzen zum nachhaltigen Konsum in praktisch allen Ressorts der Regierung. Erstmals hat die Bundesregierung dem nunmehr in der Nachhaltigkeitsstrategie Rechnung getragen. Der Indikator zu globalen Lieferketten (Anzahl von Mitgliedern im Textilbündnis) ist ebenfalls neu hinzugekommen und in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Seit 2001 setzt sich der Nachhaltigkeitsrat dafür ein, die Praxis des nachhaltigen Konsums durch einen Indikator in der Strategie politisch zu flankieren.

Nachhaltiger Konsum lässt sich am besten dadurch messen, dass die Veränderung am Markt selbst gemessen wird wie dies üblich ist³. Die Bundesregierung recurriert nunmehr auf ein anderes Verfahren mit drei Indikatoren (Marktanteil von Produkten mit Umweltzeichen, Energieverbrauch der Privathaushalte, EMAS Erklärungen). Die Bundesregierung räumt ein, dass dieser Ansatz weiterentwickelt werden muss, um „perspektivisch (...) auf glaubwürdige und anspruchsvolle Umwelt- und Sozialsiegel“ zu setzen. Auch dies wäre jedoch allein nicht zielführend.

Wir regen an, den nachhaltigen Konsum auch anhand der Veränderung des statistischen Warenkorb zu messen. Durch die modernen IT-Systeme zur Warenwirtschaft lassen sich nachhaltige Warenkörbe heute vielfach anlassbezogen und strukturell einsetzen. Ein parallel zur Preisermittlung geführter Nachhaltigkeits-Warenkorb könnte das reale Verbraucherverhalten und die soziale Dimension der Nachhaltigkeit aufzeigen.

Verbreitung und Kommunikation

Wir regen eine umfassende Kommunikation der Nachhaltigkeitsstrategie an, die nicht nur auf die prozeduralen und inhaltlichen Informationen begrenzt ist. 30 Jahre nach Veröffentlichung des Berichtes der von Gro Harlem Brundtland geleiteten Weltkommission ist es an der Zeit, den Wertegehalt des Leitbildes als Chance zu nutzen. Positiv auf die Emotionen einwirkende Sprachbilder und „bauchfähige“ Zukunftsvisionen sind ebenfalls notwendig. Es kommt darauf an, den Deutungsrahmen für Nachhaltigkeit so zu formulieren, dass er breit in

³ Hierbei könnte an das hoch differenzierte und statistisch bewährte Vorgehen bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex angeknüpft werden. Die Statistik geht von einem "Warenkorb" aus, der sämtliche von privaten Haushalten in Deutschland gekaufte Waren und Dienstleistungen repräsentiert. Durch ständige Anpassung trägt er Veränderungen im Angebot und beim Verbraucherverhalten Rechnung.

der Gesellschaft verstanden wird und nicht etwa nur eingeweihten Experten zugänglich bleibt. Wichtig ist dabei der Hinweis auf die absoluten Belastungsgrenzen, die sich aus der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in globaler Perspektive ergeben, und ein Leben in Würde für alle. Beide Aspekte gehören zusammen.

Alle föderalen Einrichtungen sollten auf die Strategie hingewiesen und aufgefordert werden, im jeweils eigenen Bereich zur Umsetzung beizutragen. Wir regen ferner die Veröffentlichung von Themen- oder Ausschnittfassungen an, die auf bestimmte Zielgruppen aus Wirtschaft und Gesellschaft zugeschnitten sind.